

Vorbemerkungen

Die Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen – Baustellenverordnung/BaustellV – vom 10. Juni 1998 ist am 01.07.1998 in Kraft getreten. Sie dient in Verbindung mit dem Arbeitsschutzgesetz der Umsetzung der EG-Richtlinie 92/57/EWG.

Ziel der Verordnung ist gemäß § 1 BaustellV, die wesentliche Verbesserung von Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten auf Baustellen (durch Prävention).

Nach § 3 BaustellV muss der Bauherr auf Baustellen, auf denen Beschäftigte mehrerer Arbeitgeber tätig werden, einen geeigneten Koordinator bestellen. Diese Aufgabe kann nach § 4 BaustellV einem Dritten übertragen werden.

Zur Konkretisierung der Anforderungen, die sich aus der Baustellenverordnung ergeben, wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) der Ausschuss für Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (ASGB) eingerichtet. Dieser Ausschuss hat die sogenannten „Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen“ – RAB – entwickelt, die vom BMAS im Bundesarbeitsblatt (BArbBl.) bekannt gegeben wurden.

Folgende Regeln wurden bisher erarbeitet:

- RAB 01 "Gegenstand, Zustandekommen, Aufbau, Anwendung und Wirksamwerden der RAB",
- RAB 10 "Begriffsbestimmungen",
- RAB 25 "Arbeiten in Druckluft",
- RAB 30 "Geeigneter Koordinator",
- RAB 31 "Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan SiGePlan",
- RAB 32 "Unterlagen für spätere Arbeiten",
- RAB 33 "Allgemeine Grundsätze nach § 4 des Arbeitsschutzgesetzes

Das Vertragsmuster basiert hinsichtlich des Leistungsbildes im Wesentlichen auf den RAB.

Bei Einhaltung der Regeln kann davon ausgegangen werden, dass die nach der BaustellV gestellten Anforderungen erfüllt werden.

Das Vertragsmuster enthält keine Regelung zur Weisungsbefugnis, da der Bauunternehmer nach § 5 BaustellV verpflichtet ist, die Hinweise des Koordinators zu berücksichtigen und im Falle von Gefahr im Verzug ein unverzügliches Handeln auch ohne Befugnis geboten ist. In allen anderen Fällen sind der Objektüberwacher und der Auftraggeber auf kurzem Wege zu informieren.

Soweit im Vertragsmuster Festlegungen zu treffen sind, sind in den dazu vorgesehenen Feldern Ankreuzungen vorzunehmen und bei Leerzeilen entsprechende Eintragungen zu machen.

Vertragsabschluss

Die Vergabe freiberuflicher Leistungen hat nach Abschnitt K12 RBBau zu erfolgen. Vergaberechtlich sind Leistungen des Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinators der VOL zuzuordnen.

Soweit der Auftragnehmer verpflichtet werden soll, eine Verpflichtungserklärung abzugeben, ist das Muster „Verpflichtungserklärung“ (SonVM1 RBBau) dem Vertrag schon im Entwurf beizufügen und als Anlage zu § 14 Nummer 14.1 zum Vertrag in § 2 Nummer 2.1 anzukreuzen.

Die AVB dürfen nicht geändert werden.

Zum Deckblatt

Die Angaben zu den Vertragsparteien sind vollständig einzutragen.

Auf Auftraggeberseite kommen in Betracht:

- Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit oder das Bundesministerium der

- Verteidigung,
- Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ,
- sonstige Dritte (siehe Abschnitt L 3 RBBau).

Die Vertretungsfolge „Fachaufsicht führende Ebene“ und „Baudurchführende Ebene“ ist darzustellen.

Eine Vertretung der Auftragnehmerseite ist auf dem Deckblatt immer anzugeben:

- bei Arbeitsgemeinschaften,
- wenn der Auftragnehmer einen rechtsgeschäftlich Bevollmächtigten bestimmt.

Zu § 1 Vertragsgegenstand

Aus der Bezeichnung der Baumaßnahme sollte auch hervorgehen, um welche Art der Maßnahme es sich entsprechend RBBau handelt. Bezieht sich der Vertrag auf eine Baumaßnahme mit mehreren Objekten, sind diese in der Anlage zu § 1 Nummer 1.1 aufzuführen.

Zu § 2 Bestandteile und Grundlagen des Vertrages

Dem freiberuflich Tätigen sind mit dem Vertragsentwurf eine Ausfertigung der Allgemeinen Vertragsbestimmungen (AVB) und die Anlage zu § 6 (Spezifische Leistungspflichten) zu übergeben und im Übrigen die weiteren für die Vertragserfüllung notwendigen Unterlagen zu benennen, die projektspezifisch zugrunde gelegt werden müssen, insbesondere haushaltsmäßig anerkannte Unterlagen wie z.B. eine ES-Bau.

Zu § 3 Übergabe von Vertragsunterlagen

Alle zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses vorliegenden, für die Vertragsleistung maßgeblichen Unterlagen sind aufzulisten und dem Auftragnehmer in der erforderlichen Anzahl zu übergeben, insbesondere haushaltsmäßig anerkannte Unterlagen.

Zu § 4 Leistungspflichten des Auftragnehmers, stufenweise Beauftragung

Im Vertrag bzw. in der Anlage zu § 6 spezifische Leistungspflichten zum Vertrag Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination - SiGeKo - sind die Leistungen zu kennzeichnen/aufzuführen, deren Übertragung an den Auftragnehmer vorgesehen ist.

Zu 4.2 Stufenweise Beauftragung

Der Auftrag erfolgt stufenweise. Soweit im Ausnahmefall Leistungen der Leistungsstufe 2 oder Teile davon ohne Vorbehalt eines Optionsrechts beauftragt werden sollen, ist dies im Vergabevermerk besonders zu begründen. Die weiteren Leistungen werden – je nach Bedarf einzeln oder zusammengefasst – durch ein gesondertes Schreiben abgerufen, in dem auch das im Vertrag bereits festgelegte Honorar zu erwähnen ist.

In der Regel sollen die Leistungsstufen 1 und 2 an denselben Auftragnehmer vergeben werden, es sei denn, die Projektorganisation sieht im Bedarfsfall eine Aufteilung auf mehrere Auftragnehmer vor.

Innerhalb einer Leistungsstufe sind die Leistungen grundsätzlich insgesamt (im Paket) zu vergeben. Nicht beauftragte Leistungen sind, soweit diese für eine mangelfreie Planung und Objektüberwachung erforderlich sind, von der Bauverwaltung zu erbringen. Eine Aufteilung der Leistungen auf mehrere Auftragnehmer in separaten Verträgen ist generell zu vermeiden.

Zu § 5 Allgemeine Leistungspflichten

Zu 5.2 Bei einer Baumaßnahme mit mehreren Objekten sind die Termine objektweise anzugeben.

Zu § 6 Spezifische Leistungspflichten

Im Vertrag bzw. in der Anlage zu § 6 (Spezifische Leistungspflichten) sind die Leistungen aufzuführen, deren Übertragung an den Auftragnehmer vorgesehen ist.

Zu 6.1.1 Leistungsstufe 1

Diese Leistungsstufe umfasst die projektspezifisch erforderlichen Leistungen während der Planung der Ausführung des Bauvorhabens nach § 3 Absatz 2 BaustellV. Die einzelnen Leistungen sind in den RAB 30 Nummer 3.1 aufgeführt und unter Beachtung der weiteren RAB zu erbringen und können projektspezifisch durch weitere Leistungen in Anlage zu § 6 Nummer 1.2 ergänzt werden. Die Ergebnisse werden Bestandteil der

zu benennenden Unterlagen gemäß RBBau.

Zu 6.2.1 Leistungsstufe 2

Diese Leistungsstufe umfasst die projektspezifisch erforderlichen Leistungen während der Ausführung des Bauvorhabens nach § 3 Absatz 3 BaustellV. Diese sind in den RAB 30 Nummer 3.2 aufgeführt und unter Beachtung der weiteren RAB zu erbringen und können projektspezifisch durch weitere Leistungen in Anlage zu § 6 Nummer 2.2 ergänzt werden.

Zu 6.2.2 Die erforderlichen Intervalle der Baustellenbegehungen sind abhängig von der Art der Arbeiten, die gleich-zeitig oder nacheinander durchgeführt werden und von der Bemessung der Ausführungszeiten für diese Arbeiten (im Allgemeinen wöchentlich; der jeweiligen Gefahrensituation entsprechend auch in weiteren oder engeren Zeitabständen). Die vorläufige Festlegung von angemessenen, regelmäßigen Zeitabständen kann einheitlich für die gesamte Bauzeit oder unterteilt nach Phasen (Zeiträumen) erfolgen, soweit diese zum Vertragsschluss bereits benannt werden können.

Zu § 8 Personaleinsatz des Auftragnehmers

Zu 8.1 Fachlich Verantwortliche

Die für die Erbringung der Leistungen fachlich Verantwortlichen sind zwingend hier unter § 8 Nummer 8.1 des Vertrages einzutragen. Ein geeigneter Koordinator im Sinne der BaustellV ist, wer gemäß RAB 30 Nummer 4 über ausreichende und einschlägige berufliche Kenntnisse, arbeitsschutzfachliche Kenntnisse und Koordinatorenkenntnisse sowie berufliche Erfahrung in der Planung und/oder der Ausführung von Bauvorhaben verfügt, um die in § 3 Absätze 2 und 3 BaustellV genannten Aufgaben fachgerecht erledigen zu können.

Zu § 10 Honorar

Die Leistungen sind nicht Bestandteil der HOAI.

Das Honorar für SiGeKo-Leistungen ist frei zu vereinbaren. Für die Leistungen wird deshalb ein Pauschalhonorar oder die Vergütung nach Zeitaufwand vereinbart.

Zu 10.2.1 Für die Baustellenbegehungen ist in Verbindung mit § 6 Nummer 6.2.2 ein vorläufiges Intervall festzulegen. Je nach projektspezifischer Gefährdungssituation können unterschiedliche Intervalle für bestimmte Phasen (Zeiträume) erforderlich sein.

Zu 10.4 Sonstige / Weitere Vergütungsvereinbarungen

Insbesondere können in Nummer 10.4 weitere Leistungen gemäß RAB 32 beauftragt werden, die die Gefährdungen der Sicherheit und Gesundheit für die mit späteren Arbeiten an der baulichen Anlage Beschäftigten reduziert. Diese Leistungen nach RAB 32 sollen nur dann beauftragt werden, wenn sie nicht bereits Bestandteil von Leistungspflichten anderer Planer oder ausführender Firmen sind.

Zu § 11 Nebenkosten

Zu 11.1 Die Vereinbarung einer Pauschale ist grundsätzlich anzustreben; die ihr zu Grunde gelegten Einzelsätze sind verwaltungsintern in einem Nebenvermerk festzuhalten.

Zu 11.4 Baumaßnahmen im Ausland

Bei Baumaßnahmen im Ausland - oder, wenn ausländische Architekten in der Bundesrepublik arbeiten - sind folgende, die Nebenkosten betreffende Regelungen zu vereinbaren:

☐ Für eine ständige örtliche Abwesenheit außerhalb des Geschäftssitzes am ausländischen Ort des Baustellenbüros erhält der Auftragnehmer:

- vom 1. bis 14. Aufenthaltstag Tage- und Übernachtungsgeld sowie Wegstreckenentschädigung nach dem Bundesreisekostengesetz
- ab dem 15. Aufenthaltstag Trennungentschädigung

☐ gemäß dem jeweils gültigen Rahmentarifvertrag des Baugewerbes (Auslö-

sung)

☐ gemäß Verordnung Reisekostenentschädigung bei Auslandsreisen

Für Trennungsgeldentschädigungen und Kosten für Familienheimfahrten der Mitarbeiter des Auftragnehmers ist keine Pauschale zu vereinbaren, es sei denn, die Anzahl der Reisen und Aufenthalte kann bei Vertragsabschluss festgelegt werden. Der Pauschalierung sind die vorgenannten Bemessungsregelungen zu Grunde zu legen.

Hierbei ist zu beachten, dass die Anzahl der Reisen und Aufenthalte am Erfüllungsort so ausreichend bemessen werden, dass die beauftragten Leistungen ordnungsgemäß erfüllt werden können.

Soweit Übersetzungsarbeiten anfallen, ist folgender Textbaustein unter Nummer 11.4 einzufügen:

☐ Für Übersetzungsarbeiten in und aus dem:

- ☐ Englischen
- ☐ Französischen
- ☐ Spanischen
- ☐
- ☐

wird ein Verrechnungssatz vereinbart von Euro/Seite und Euro/Plan.

zu § 13 **Haftpflichtversicherung**

Hier sind Angaben zu der erforderlichen Höhe der Haftpflichtversicherung zu machen. Der Nachweis des Haftpflichtversicherungsschutzes ist vor Vertragsabschluss anzufordern und nach Vertragsabschluss bei längerfristiger Leistungsabwicklung ggf. erneut zu überprüfen. Abschnitt K 12 RBBau ist zu beachten.

Zu § 14 **Ergänzende Vereinbarungen**

Zu Verpflichtung nach Verpflichtungsgesetz

14.1

Eine Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz (VerpflG) sollte nur in besonders begründeten Fällen vorgesehen werden. Nach § 1 Absatz 1 Nr. 1 VerpflG muss der Auftragnehmer insoweit bei einer Behörde oder einer sonstigen Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt, beschäftigt oder für sie tätig sein. Ein Einzelauftrag reicht dafür grundsätzlich nicht aus.

Die einzelne Verpflichtung erfolgt nach der Niederschrift und Erklärung über die Verpflichtung (SonVM1 RBBau).

Zu 14.3 Hier können weitere vertragliche Regelungen vereinbart werden.

Zur Anlage zu § 6 **Anlage zu § 6 spezifische Leistungspflichten**

Leistungsstufe 1

Zu 1.1 **Anlage zu § 6 **Leistungen während der Planungsphase des Bauvorhabens (Planung der Ausführung)****

Die in der Anlage zu § 6 Nummer 1.1 aufgeführten Leistungen sind für die ordnungsgemäße Erledigung im Allgemeinen erforderlich. Diese Leistungen werden grundsätzlich im Paket komplett beauftragt.

Diese Leistungsstufe umfasst die projektspezifisch erforderlichen Leistungen während der Planung der Ausführung des Bauvorhabens nach § 3 Absatz 2 BaustellV als Zuarbeit für entsprechende Unterlagen nach RBBau.

Zu 1.2 **Anlage zu § 6 **Insbesondere können folgende weitere Leistungen in der Anlage zu § 6 Nummer 1.2 ergänzt und beauftragt werden:****

- Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung in der Planung des Bauvorhabens ge-

maß Arbeitsstätten-

verordnung (ArbStättV) in Abstimmung mit den Projektbeteiligten

- Kostenanalysen zu Lösungsmöglichkeiten für temporäre / bleibende sicherheitstechnische Einrichtungen zur Sicherstellung der Maßnahmen hinsichtlich Sicherheits- und Gesundheitsschutz
- Ausschreiben von gemeinsam genutzten Sicherheitseinrichtungen während der Bauausführung und von bleibenden sicherheitstechnischen Einrichtungen
- Angebotsüberprüfungen in sicherheitstechnischer Hinsicht (z.B. bei Funktionalausschreibung, Alternativangeboten, Sondervorschlägen)
- Erstellen eines Baustelleneinrichtungsplanes
- Erstellen einer Baustellenordnung bzw. eines Baustellensicherheitskonzeptes einschließlich eines Alarmierungsplanes
- Erstellen eines Flucht- und Rettungswegkonzeptes (z.B. beim Bauen im Bestand) sowie Festlegung der benötigten Sicherheitskennzeichnungen im Gebäude
- Unterstützung bei der Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen gemäß Gefährstoffverordnung
- Aufstellen eines baustellenbezogenen Arbeits- und Sicherheitsplanes nach BGR 128
- Abstimmung bei Beauftragung mehrerer Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinatoren
- Erstellen von Verkehrslenkungsplänen

Leistungsstufe 2

Zu 2.1 Leistungen während der Ausführungsphase des Bauvorhabens (Ausführung des Bauvorhabens)

6

Die in der Anlage zu § 6 Nummer 2.1 aufgeführten Leistungen sind für die ordnungsgemäße Erledigung im Allgemeinen erforderlich. Diese Leistungen werden grundsätzlich im Paket komplett beauftragt.

Diese Leistungsstufe umfasst die projektspezifisch erforderlichen Leistungen während der Ausführung des Bauvorhabens nach § 3 Absatz 3 BaustellV als Zuarbeit für entsprechende Unterlagen nach RBBau.

Zu 2.2 Insbesondere können folgende weitere Leistungen in der Anlage zu § 6 Nummer 2.2 ergänzt und beauftragt werden; ggf. als Fortschreibung, wenn Leistungen bereits in der vorhergehenden Leistungsstufe erbracht wurden:

6

- Anpassung der Gefährdungsbeurteilung während der Bauphase. Einarbeiten von Änderungen, die sich aus dem Bauablauf ergeben bzw. ergeben haben. Prüfung entsprechend des Arbeitsstättenrechts.
- Unterstützung bei der Erstellung von tätigkeitsbezogenen Gefährdungsbeurteilungen bei Nachunternehmern
- Fortschreiben des Baustelleneinrichtungsplanes und Anpassen an die jeweiligen Gegebenheiten der Baustelle
- Fortschreiben der Baustellenordnung bzw. des Baustellensicherheitskonzeptes einschließlich des Alarmierungsplanes
- Fortschreiben des Flucht- und Rettungswegkonzeptes (z.B. beim Bauen im Bestand)
- Erstellung und Umsetzung eines Sicherheitskonzeptes, mit dem sichergestellt wird,

- dass nur unterwiesene
und eingewiesene Mitarbeiter der Nachunternehmer auf der Baustelle tätig werden
- Durchführung von Sicherheitseinweisungen der Nachunternehmer inkl. Sicherstellung, dass nur unterwiesene und eingewiesene Mitarbeiter der Nachunternehmer auf der Baustelle tätig werden
 - Abstimmung bei Beauftragung mehrerer Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordinatoren
 - Fortschreiben der Verkehrslenkungspläne
 - Einholen von straßenverkehrsrechtlichen Anordnungen
 - Sicherheitstechnische Überprüfung und Abnahme von Bauteilen der Gebäudetechnik sowie von baulichen Einrichtungen, die für Wartung und Instandhaltung des Gebäudes benötigt werden
 - Unterstützung bei der Gefährdungsbeurteilung für im Gebäude benötigte Maschinen und Anlagen gemäß Betriebssicherheitsverordnung in Abstimmung mit dem Betreiber unter Einbindung der Fachkräfte für Arbeitssicherheit
 - Erfassen und Benennen der im Gebäude eingebauten Gefahrstoffe bzw. möglicher Gefahrstoffe und Einbauort sowie deren Wirkung in Hinblick auf die möglichen Auswirkungen auf die Gesundheit der im Gebäude beschäftigten Mitarbeiter, sowie auf einen möglichen späteren Abbruch des Gebäudes.